

Zürich

«Es geht nicht um eine Eltern-Elite»

Kinderarzt und Bestsellerautor Remo H. Largo setzt sich für die freie Schulwahl ein. Er kämpft damit für eine neue Volksschule und bessere Lehrer - und gegen inkompetente Politiker.

Mit Remo H. Largo sprach Daniel Schneebeli

**Sie sind der populärste Erziehungs-
experte des Landes und haben Ihre
drei Töchter auf die Rudolf-Steiner-
Schule geschickt. Warum?**

Das war ein grosses Hin und Her und letztlich eine 51-zu-49-Prozent-Entscheidung. Ich bin eigentlich ein Fan der Volksschule. Wir mussten aber feststellen, dass es dort nicht nur gute Lehrer gibt. Es gab im Wesentlichen drei Gründe, warum wir uns für die Steiner-Schule entschieden haben: die Beziehungsqualität, selbstständiges Lernen und Sozialisation. Wir haben unseren Entscheid nie bereut.

**Gibt es an der Steiner-Schule keine
schlechten Lehrer?**

Natürlich gibt es nicht nur gute Lehrer, und in den letzten Jahren ist es auch schwieriger geworden, nur dem Label «Steiner» oder «Montessori» zu vertrauen. Die einzelnen Schulen sind heute viel unterschiedlicher als früher. Bevor man sich also für eine Schule entscheidet, muss man sich selbst ein Bild von der Schule machen.

**Wie müssten sich die öffentlichen
Schulen verändern, damit Sie ihnen
Kinder anvertrauen würden?**

Wenn jemand sagt, die Volksschule habe keine Probleme, ist das unredlich.

Wer behauptet das?

Frau Lätzsch (Präsidentin des Lehrerverbandes) zum Beispiel findet alles tiptopp. Das finde ich überhaupt nicht. Für mich sind die Reformen von oben endgültig gescheitert, Harmos, Frühenglisch, Sexualkunde. Für mich braucht es eine Reform von unten, das heisst autonome Schulen mit Lehrpersonen, die Verantwortung übernehmen wollen.

**Was konkret erwarten Sie
von einer Reform von unten?**

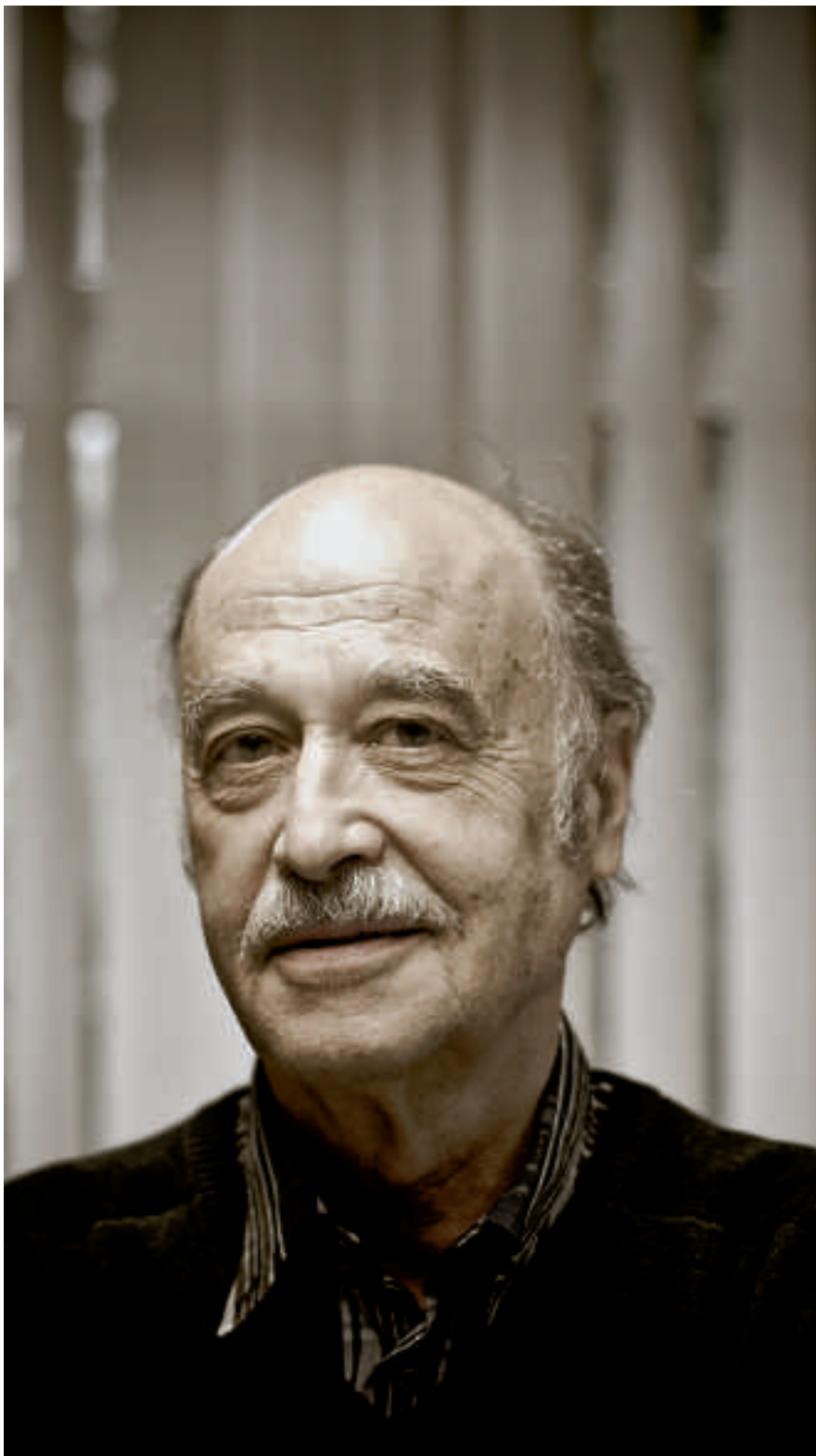
Ein typisches Beispiel ist das Projekt Chagall des Gymis Unterstrass, bei dem Migrantenkinder auf eine Gymikarriere vorbereitet werden. Es ist typisch, dass in dem Projekt Kinder, die an der öffentlichen Schule systematisch ausgegrenzt werden, an einer Privatschule eine Chance erhalten, und dass dort versucht wird, sie zu integrieren - und zwar mit vergleichsweise wenig Aufwand. Wenn Kinder an der öffentlichen Schule nur ein bisschen von der Normalität abweichen, kommt die Heilpädagogin, die Logopädin, die Psychomotorik-Therapeutin und so weiter und so fort. Mehr als ein Drittel aller Kinder werden an der Volksschule an ein Heer von Spezialpädagogen delegiert, und das kostet im Kanton Zürich eine halbe Milliarde Franken pro Jahr. Die Lehrpersonen an der öffentlichen Schule wollen nur Normal-spurkinder. Dabei wären Kinder, die von der Norm abweichen, die pädagogische Herausforderung. Das heisst nicht, dass es keine Logopädin mehr braucht, aber zuerst sollten die Schulen und Lehrer den echten Willen haben, alle Kinder zu integrieren. Diesen Willen vermisste ich an der Volksschule weitgehend. Da gibt es Klassen, die haben bis zu zehn Lehrer und Fachpersonen. Die Fachleute kennen die Kinder gar nicht mehr, und die Kinder ihre Lehrer auch nicht.

Eltern sollen selber wählen

Die Volksinitiative der Elternlobby

Mit der Volksinitiative der Elternlobby würde die Kantonsverfassung um folgenden Absatz erweitert: «Der gleichberechtigte Zugang beinhaltet ab dem 4. Schuljahr die freie Schulwahl innerhalb der öffentlichen Schulen und eine öffentliche Finanzierung des Unterrichts an bewilligten Freien Schulen gemäss den Durchschnittskosten der öffentlichen Schulen, wenn sie wie diese allgemein zugänglich sind.»

Unter Freien Schulen verstehen die Initianten privat geführte Schulen. Diese müssten aber staatliche Lehrpläne erfüllen und sich ebenso der staatlichen Schulaufsicht unterstellen. Sie dürften von den Eltern keine zusätzlichen Schulgelder verlangen und keine Kinder aus religiösen, ethnischen oder anderen Gründen ablehnen. Über die Initiative wird am 17. Juni abgestimmt. (sch)



«Bildungspolitikern fehlt der Sachverstand», konstatiert Remo Largo. Foto: Nicola Pitaro

**Wie wollen Sie das mit der
freien Schulwahl verändern?**

Ich bin überzeugt, dass freie Schulwahl eine Veränderung zum Guten bringt. Es gibt 10 bis 20 Prozent Eltern und Lehrer, die für die Kinder eine andere Schule wünschen. Ich war kürzlich an einer Veranstaltung mit dem Titel «Schülersorgen und Familiendramen». Es kamen 650 Eltern und Lehrer, die endlich eine kindgerechte Schule wollen.

**Sie kämpfen mit der freien
Schulwahl für die frustrierten Eltern?**

Natürlich. Wenn die autonomen Schulen finanziell unterstützt werden, dann gibts Ruhe. Es geht nicht um eine Elite, die auf Privatschulen ausweicht, sondern um Familien aus dem Mittelstand.

**Warum hat denn der Mittelstand
in der Schweiz immer gegen die
freie Schulwahl gestimmt?**

Es stimmen eben nicht nur Väter und Mütter, sondern auch Kinderlose und Rentner ab. Diese Bürger sollten mehr Verständnis für die Bedürfnisse der Familien und Kinder aufbringen.

**Finden Sie es unfair, dass Sie in die
Grundbildung Ihrer Kinder viel Geld
investieren mussten?**

Ich frage mich, ob es rechtlich haltbar ist, Eltern zweimal zahlen zu lassen, einmal über die Steuern und einmal über die Schulgelder. Ich finde es auch unfair, wenn man sagt: Eltern, die freie Schulwahl wollen, sind ein privilegierter Verein. Nein, es ist der Mittelstand.

**Sie werben mit dem Slogan «Besser
und günstiger». Warum günstiger?
Der Staat soll künftig ja auch für die
gut 5000 Privatschüler zahlen.**

Es wird keine halbe Milliarde mehr nötig sein für sonderpädagogische Massnah-

men, wenn die Lehrerinnen und Lehrer in autonomen Schulen so unterrichten dürfen, wie sie es möchten.

**Wie können Eltern merken, welches
die beste Schule für ihr Kind wäre?**
Sie müssen in die Schulen gehen und sich informieren.

**Das ist ein ziemlich grosser
Aufwand für die Eltern.**

Dazu wären viele Eltern noch so gerne bereit, wenn sie die Möglichkeit hätten.

**Entscheiden die Eltern wirklich
immer zum Wohl der Kinder?**

Der heutige Zwang ist doch eine Bevormundung. Die Schulbehörden meinen, die Eltern seien sowieso nicht in der Lage, die passende Schule für ihre Kinder zu finden, darum weisen wir ihnen eine Schule zu. Das ist eine Anmassung sondergleichen.

**Die Gegner sagen, die öffentliche
Schule sei mit der freien Schulwahl
gar nicht planbar. Was meinen Sie?**

Es gibt eine Reihe von Ländern mit freier Schulwahl, Holland und skandinavische Länder zum Beispiel. Die Gegner der Initiative sollten nicht Argumente gegen die freie Schulwahl suchen, sondern sagen, wie sie die öffentliche Schule verbessern wollen.

**Wer soll denn Vorrang haben,
wenn eine Schule ausgebucht ist?**
Man kann ja die Schule vergrössern.

Dann braucht es aber Wartelisten.
Das sind dumme Argumente der Gegnerschaft. Vielleicht müssen einige Eltern dann eben ein Jahr lang warten. Dieses Problem ist lächerlich klein im Vergleich mit den realen Problemen der Volksschule.

**Aber in einem Schuljahr kann viel
passieren.**

Man muss das längerfristig anschauen.

**In den Augen der Stimmbürger
könnten solche Fragen zentral sein.**
Ich weiss.

**Was soll mit Schulen passieren,
die zu wenig nachgefragt sind?**

Die werden nicht bestehen. Gute Pädagogik wird sich durchsetzen.

**Wie häufig sollen Eltern ihre Kinder
umteilen dürfen?**

Ein Kind muss sicher ein Schuljahr in der gleichen Schule bleiben.

**Noch eine praktische Frage: Wer soll
künftig entscheiden, ob ein Kind
nach der 6. Klasse in die Sek A, B
oder C eingeteilt werden soll?**
Vielleicht braucht es diese Unterteilung gar nicht.

**Sie wollen in der Oberstufe
Gesamtschulen?**

Die derzeitige Unterteilung kann man pädagogisch nicht begründen.

**Aber es gibt sehr viele Pädagogen,
die auf die Unterteilung schwören.**

Aber nicht wegen der Kinder, sondern aus Eigeninteresse.

**Glauben Sie, dass die Unterteilung
in der Sekundarschule mit freier
Schulwahl verschwinden wird?**

Ich weiss es nicht. Die öffentliche Schule kann ja die dreiteilige Sekundarschule weiterführen.

**Warum soll der Steuerzahler Steiner-
Schulen finanzieren, wenn er dort
demokratisch nichts zu sagen hat?**

Über die Schulbeiträge kann er bestimmen. Und mehr hat er an den öffentlichen Schulen auch nicht zu sagen.

**Doch, er kann sich in
die Schulpflege wählen lassen.**

Ich finde, die Stimmbürger sollen über Rahmenbedingungen der Schulen bestimmen dürfen, zum Beispiel über einen sehr allgemeinen Lehrplan.

**Die Schulwahl-Gegner sagen,
Nachbarkinder sollten gemeinsam
zur Schule. Was finden Sie?**

Das ist ein allgemeines Malaise: Immer mehr Kinder haben keine Spielkameraden mehr. Dies wird sich erst mit Tagesschulen ändern.

**Jetzt malen Sie aber schwarz. Es gibt
doch überall - auch in der Stadt -
Familiensiedlungen und Spielplätze,
wo sich die Kinder treffen können.**

Die Mehrheit der Kinder wächst isoliert auf. 50 Prozent der Familien haben nur noch ein Kind. Es bräuchte Quartiere, wo die Kinder mehrere Stunden täglich zusammen spielen können. Solche Quartiere gibt es kaum mehr. Die spielenden Nachbarkinder sind ein Mythos.

**Ist Ihr Einsatz gegen die freie
Schulwahl eine Gesellschaftskritik?**

Ja, das ist er auch.

**Sie wünschen sich eine andere
Bildungsdirektorin?**

Die Bildungspolitik haben den nötigen Sachverstand gar nicht, um Bildungskonzepte zu entwickeln.

Wer hätte denn den Sachverstand?

Ich wünsche mir ein neu zu schaffendes Gremium aus Bildungsweisen. Kompetente Leute, die sich unabhängig von Eigeninteressen und politischen Sachzwängen Gedanken machen über Verbesserungen im Bildungssystem.

Remo H. Largo

Der Erziehungsexperte

Remo H. Largo (68) ist emeritierter Professor für Kinderheilkunde. 30 Jahre leitete er die Abteilung Wachstum und Entwicklung an der Uni-Kinderklinik in Zürich. Er publizierte 120 wissenschaftliche Arbeiten sowie populärwissenschaftliche Fachbücher wie «Babyjahre», «Kinderjahre» oder «Schülerjahre». Er ist Vater von drei Töchtern und Grossvater von vier Enkelkindern. (sch)

Der Stadtrat unterliegt vor Bundesgericht

Ein Neubau im Dorfkern Witikon wurde von der Stadt bewilligt. Dort passt er allerdings nicht hin, meint das höchste Gericht.

Von Jürg Rohrer

Zürich - Schon unzählige Bauherren hat die Bausektion des Stadtrates mit dem «Ästhetik-Paragrafen» zur Verzweiflung und in die Resignation getrieben. § 238 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes verlangt von Bauten eine «befriedigende Gesamtwirkung» und «besondere Rücksichtnahme» auf geschützte Häuser und Ortsbilder. «Fehlende Einordnung» lautet dann die Begründung, wenn die Bausektion (André Odermatt, Corine Mauch, Andres Türler) ein Baugesuch ablehnt, sei es für eine neue Plakatschule oder für Neubauten wie Bellaria-rain in Wollishofen oder Hegibach-/Sonnenbergstrasse in Hirslanden. Unternehmer Martin Schaeppi klagte damals, die Stadt habe im Bauwesen die absolute Macht über die Ästhetik in Zürich. Tatsächlich schützen die Gerichte in der Regel die Entscheide der Bausektion, weil sie der Baubehörde Ortskenntnisse und einen Ermessensspielraum zubilligen.

«Schematische» Fenster

Jetzt aber im Fall Witikon sind es die Gerichte, die dem Stadtrat § 238 vorhalten und seine Baubewilligung vom Dezember 2010 für nichtig erklären. Im alten, bäuerlichen Dorfkern am Fuss des Kirchenhügels will ein alteingesessener Witi-ker ein Haus mit Giebeldach und drei Wohnungen bauen, dem das einstige Atelier der Bildhauer Fenaroli weichen muss. Ein Nachbar rekurierte gegen die Baubewilligung und erhielt recht: Zuerst das Verwaltungsgericht und jetzt auch das Bundesgericht kritisieren einerseits die schematische, senkrecht übereinander angeordneten Fenster, die im Erdgeschoss raumhoch sind, andererseits den Balkonturm an der einen Giebfassade, der gemäss ersten Plänen eine Ausladung von fünf Metern hat.

Befensterung und Balkonturm liessen «jegliche Auseinandersetzung mit dem baulichen Umfeld in der Kernzone Witikon vermissen», schrieb das Verwaltungsgericht; diese «eintönige Erscheinung» sei in der Kernzone fremd, der Balkonturm sei ein Fremdkörper, der sich nicht in die bauliche Umgebung einordne. Dieses Urteil wird vom Bundesgericht, an das sich der Bauherr gewandt hat, gestützt. Auch es vermisst am Projekt die Eingliederung in die Umgebung, gebe es doch im Dorfkern nur sehr wenige Balkone und schon gar keinen Balkonturm. Auch bestätigt das höchste Gericht, dass Fenster das Erscheinungsbild wesentlich mitprägen würden und bei der Frage nach der Einpassung berücksichtigt werden müssten.

Urs Spinner, Stimme des Hochbau-departementes, spricht von einem überraschenden Urteil, sei es doch aussergewöhnlich, dass der Stadt mangelnde Einordnung vorgehalten werden könne. Es handle sich allerdings um einen Einzelfall, der zu keiner Praxisänderung führen werde. Der Bauherr will sich zum weiteren Vorgehen nicht äussern.

Psychiatrie immer häufiger ambulant

Winterthur - Die Angebote der Integrierten Psychiatrie Winterthur und Zürcher Unterland (IPW) haben sich 2011 verändert: Im Mai ging in Embrach eine neue Spezialstation in Betrieb. Sie nimmt traumatisierte Menschen auf, für die eine ambulante Behandlung nicht ausreicht. Im September eröffnete die IPW in der Klinik Schosstal eine Psychotherapiestation für junge Erwachsene. Insgesamt ist die Zahl der Pflegetage um 14 Prozent auf gut 77'000 gesunken. Dieser Rückgang habe mehrere Gründe, schreibt die Gesundheitsdirektion. So wurde eine Akut-Rehabitation in Embrach geschlossen, und die geriatrische Assessmentstation ging ans Kantonsspital Winterthur über. Zudem versucht man heute, die Patienten ambulant zu behandeln, und wenn sie dennoch in die Klinik müssen, bleiben sie dort weniger lang als früher. (an)